Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6 — Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend — Postscheckkonto Leipzig 28614

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geschäftsstelle monatlich 4 Mk., durch unsere Austräger zugetragen in der Stadt monatlich 4.40 Mk., auf dem Lande 4.80 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Insertionspreis 1 Mk. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Lokalpreis 90 Pfg., Reklamen 2.50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil nur von Behörden) die 2gespaltene Korpuszeile 3 Mk. Nachweisungs-Gebühr 50 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 56. Dienstag den 8. März 1921. 80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Verordnung,

die Ausführung der Wassermannschen Reaktion und die Herstellung und den Verkehr mit Extrakten und Ambozeptoren, die für die Wassermannsche Reaktion bestimmt sind, betr.;

vom 2. März 1921.

Auf Grund des § 2 Absatz 1 und 2 der „Vorschriften über Krankheitserreger" (Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 21. November 1917, RGBl. S. 1069) in Verbindung mit der sächsischen Verordnung über Krankheitserreger vom 13. Dezember 1917 (GVBl. S. 173) wird verordnet:

§ 1. Die Erlaubnis zur Vornahme der Wassermannschen Reaktion ist Nichtärzten grundsätzlich zu versagen.

§ 2. Aerzte bedürfen zur Ausführung der Wassermannschen Reaktion der Erlaubnis der nach § 2 Absatz 1 der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 21. November 1917 (RGBl. S. 1069) zuständigen Polizeibehörde (Stadtrat in Städten mit revidierter Städteordnung, im übrigen die Amtshauptmannschaft).

Keiner besonderen Erlaubnis bedürfen Aerzte, welche die Wassermannsche Reaktion nur bei Kranken anstellen, die in ihrer Behandlung stehen und Aerzte an öffentlichen Krankenhäusern und Anstalten der in § 2 Absatz 3a und b der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 21. November 1917 (RGBl. S. 1069) bezeichneten Art.

§ 3. Die Erlaubnis ist nach Gehör des Bezirksarztes und stets nur widerruflich und nur an solche Aerzte zu erteilen, die nachweislich die erforderliche Ausbildung in der Ausführung der Wassermannschen Reaktion besitzen und sich schriftlich verpflichten, bei Ausführung der Reaktion den Bestimmungen des § 4 nachzukommen.

Vor Erteilung der Erlaubnis ist dem Ministerium des Innern Bericht zu erstatten.

§ 4. Aerzte, denen die erforderliche **besondere** Erlaubnis zur Vornahme der Wassermannschen Reaktion erteilt worden ist, haben die Reaktion nach der amtlichen „Anleitung für die Ausführung der Wassermannschen Reaktion" Veröffentlichungen des Reichsgesundheitsamtes, XLIV. Jahrgang, 1920, Nr. 46, Sonderbeilage[1] vorzunehmen.

Dabei dürfen nur solche Personen als Unterpersonal beschäftigt werden, die sich nachweislich mindestens ein Jahr lang unter ärztlicher Leitung mit bakteriologischen und serologischen Untersuchungen befaßt und hierbei mit dem Wesen und der Ausführung der Wassermannschen Reaktion völlig vertraut gemacht haben.

§ 5. Als staatlich geprüft (Ziffer 1 der amtlichen „Anleitung") gelten zur Zeit nur die Extrakte und Ambozeptoren, die in dem Institute für die experimentelle Therapie in Frankfurt a. M. geprüft sind.

§ 6. Für die Herstellung von Extrakten und Ambozeptoren, die für die Wassermannsche Reaktion in den Verkehr gebracht werden sollen und für diesen Verkehr selbst gelten die „Vorschriften über die bei der Wassermannschen Reaktion zur Anwendung kommenden Extrakte und Ambozeptoren" (Veröffentlichungen des Reichsgesundheitsamtes, XLIV. Jahrgang, 1920, Nr. 46, Sonderbeilage)[1]

§ 7. Die Namen derjenigen Aerzte, denen die erforderliche **besondere** Erlaubnis zur Ausführung der Wassermannschen Reaktion erteilt oder wieder entzogen worden ist, werden in der Sächsischen Staatszeitung bekanntgegeben.

§ 8. Diese Verordnung tritt am 1. Juni 1921 in Kraft. 30a IV M.

Dresden, 2. März 1921. **Ministerium des Innern.**

[1] Zu beziehen vom Verlag Julius Springer, Berlin W 9, Link-Straße 23/24.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Für den Bau von Bergmannswohnungen verlangt der Reichsarbeitsminister anderthalb Milliarden Mark.

* Der neue preußische Landtag tritt am 10. März zusammen.

* Der ungarische Graf Karolyi, der frühere Ministerpräsident, wurde als des Verkehrs mit Bolschewisten verdächtig aus Italien ausgewiesen.

* Der Sowjetvertreter Krassin ist wieder in London eingetroffen und wird die Handelsverhandlungen fortsetzen.

* Als letzte Amtshandlung verweigerte Präsident Wilson vor seinem Rücktritt die Unterschrift für das Auswanderer- und Heeresgesetz. Er hat also sein gesetzliches Einspruchsrecht gegen diese Gesetze eingelegt.

Im letzten Augenblick.

Wieder einmal sollen die Märztage entscheidende Bedeutung für uns gewinnen. Vor einem Jahre erhob der Kapp-Putsch sein Haupt und stürzte uns in neue Unruhen und Bürgerkrieg. Diesmal holt die Entente wieder zum Schlage aus. Sie hat den Eindruck, daß der Frühling bei uns ins Land ziehen wolle, daß Handel und Wandel sich von den furchtbaren Verlusten der Kriegs- und Revolutionszeit zu erholen, und daß namentlich der nicht tot zu machende deutsche Unternehmungsgeist sich auch am Auslande wieder zur Geltung zu bringen beginne. Das will, das kann sie nicht ruhig mit ansehn. Zwar versichern ihre Wortführer so oft, wie der öffentliche Anstand es ihnen zu gebieten scheint, daß sie Deutschland nicht unglücklich machen, daß sie ihm sogar helfen wollen, damit es sich wieder aufrichten und im Gesamtspiel der wirtschaftlichen und geistigen Kräfte diejenige Rolle zurückgewinne, die seiner hohen Begabung, seinen geschichtlichen Verdiensten entspreche. Aber sie selber stecken noch so tief in den üblen Nachwirkungen ihres Sieges, daß sie die Gefühle der Furcht, des Neides, der Eifersucht nicht loswerden, so oft sie über unsere Grenzen blicken. Deshalb wollen sie uns an die Leine legen. Wollen sie uns mit Tributen belasten, daß wir vielleicht gerade noch vegetieren, nicht aber als freies Volk mehr leben können, wollen sie unseren Außenhandel jeden Augenblick strangulieren können, damit wir nur ja nicht wieder übermütig werden, wollen sie uns auf Menschenalter hinaus zu Sklavenarbeit verdammen, wie sie ja durch ihre Hungerblockade dafür gesorgt haben, daß unser Nachwuchs schon von Kindesbeinen an gegen die normale Entwicklungsfähigkeit im Rückstand bleibt. Also abermals Ultimatum und Sanktionen — auf Deutsch: Friß Vogel oder stirb!

Nun, das deutsche Volk scheint sich diesmal nicht einschüchtern lassen zu wollen. Ist doch die Handelskammer von Duisburg so ziemlich als erste auf den Plan getreten mit dem Ruf an die Regierung, nicht nachzugeben, obwohl man natürlich gerade in dieser vom Einmarsch unmittelbar bedrohten Industriestadt nur zu genau weiß, was kommen wird, wenn im letzten Augenblick nicht noch ein Wunder geschieht. Diesem rühmlichen Beispiel folgt die Handelskammer von Hamburg. Sie fordert ihre Angehörigen auf schleunigst in eine Prüfung der Frage einzutreten, welche Wirkungen die von den Alliierten beschlossene Einbehaltung eines Teiles des Kaufpreises für die aus Deutschland eingeführten Waren auf schwebende Verträge haben müßte, ob insbesondere der deutsche Industrielle und Exporteur verpflichtet sei, Waren zu liefern, wenn er weiß oder wenn auch nur die Gefahr droht, daß er nur einen Teil des vertragsmäßig ausbedungenen Kaufpreises erhalten soll, ob sich bei dieser unsicheren Rechtslage der Abschluß neuer Verträge über Warenlieferungen mit alliierten Ländern überhaupt noch empfehle, und ob nicht schließlich bestehende Guthaben von den alliierten Banken fortgezogen und in neutrale oder amerikanische Valuta umgewandelt werden müßten. Das sind Fragen, für die man in der Tat in London ein feines Ohr haben dürfte. Schon wird gemeldet, daß die vorgeschlagenen Sanktionen, d. h. Zwangsmaßnahmen, auf die City, das Handelsviertel in London, einen niederschmetternden Eindruck gemacht hätten. Das deutsche Geschäft sei sofort zum Stillstand gekommen, denn so viel man auch versuche, die Öffentlichkeit über den wahren Sinn der wirtschaftlichen Sanktionen zu täuschen, in Wirklichkeit kämen sie doch auf eine Beschlagnahme deutschen Privateigentums hinaus — mitten im Frieden! In diesem Punkte ist selbst der englische Kaufmann einigermaßen empfindlich. Und die weitere Absicht, die rheinische Industrie zugrundezurichten, kann ihm auch nicht gerade zur Freude gereichen, denn er vermag ganz und gar nicht einzusehen, wer von dieser Zerstörung höchstentwickelter Unternehmungen, deren Erzeugungskraft ja durchaus nicht nur deutschen Interessenten zustatten kommt, einen Nutzen haben soll. Man nimmt, bis auf weiteres, an, daß Lloyd George wieder einmal Briands Überredungskunst erlegen sei, ohne freilich in dieser Erklärung einen Trost finden zu können gegenüber dem neuen Unheil, vor dem wir stehen.

Und Deutschland? Hier sind sich alle sachverständigen Leute nach wie vor in der Überzeugung einig, daß wir recht beraten waren, als wir die Pariser Beschlüsse ablehnten, und daß unsere Regierung dabei auch nach dem Ultimatum beharren müsse. Der Reichskanzler hat alle in Frage kommenden Gutachter abermals gehört, hat auch namentlich die berufenen Vertreter der bedrohten Gebietsteile im Westen und Süden des Reiches zu Rate gezogen, und so viel man hört, ist ihm von keiner Seite empfohlen worden, vor Lloyd George zurückzuweichen.

Die Stimmung in Berlin.

Berlin, 5. März, nachm.

Aus London sind bis zur Stunde keine bestimmten Nachrichten eingetroffen. Zwischen der deutschen Delegation und den hiesigen Regierungsstellen besteht andauernde telephonische Verbindung, deren Ergebnis sich natürlich der Öffentlichkeit entziehen. Jedenfalls ist die Delegation eifrig mit der Aufstellung der für Montag zu erwartenden Vorschläge oder Entscheidungen beschäftigt. Vorläufig darf man von einer Einigung oder einer Hoffnung auf Einigung nicht sprechen. Über die Haltung der politischen Parteien verlautet, daß die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen auf dem Standpunkt stehen, daß der Entente keinerlei Nachgiebigkeit gezeigt werden dürfe. Nach ihrer Ansicht käme ja nur ein unwesentliches Nachgeben in der Form in Betracht. Die Demokratische Partei und das Zentrum weichen in ihrer Ansicht davon insofern ab, als sie für Prestigefragen kein Verständnis zeigen. In der Sache selbst stehen sie gleichfalls auf dem Standpunkt, daß ein Hinausgehen über das bisherige Angebot praktisch unmöglich ist. Doch neigen sie der weiteren Ausnutzung von Verhandlungsmöglichkeiten zu. Die Mehrheitssozialisten und die Unabhängigen bestehen noch bestimmter darauf, daß sämtliche Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft werden. Die Mehrheitssozialdemokratie betont besonders, daß sie mit der bisherigen Verhandlungstaktik nicht zufrieden ist und fordert, daß bei der Formulierung der letzten Vorschläge der deutschen Regierung und der deutschen Delegation nicht freie Hand gelassen würde, sondern daß der Reichstag oder der Auswärtige Ausschuß daran mitwirkten. Die Versuche zur Bildung einer Einheitsfront scheinen endgültig begraben, nachdem die mehrheitssozialdemokratische Reichstagsfraktion ihre Mitwirkung abgelehnt hat, da sie sich von dieser Art der Regierungsbildung im gegenwärtigen Moment keinerlei außenpolitischen Nutzen verspricht.

Englische Äußerungen.

London, 5. März.

Die liberalen Blätter heben immer noch hervor, daß Lloyd George eine Verständigung einer Anwendung der Strafmaßnahmen vorziehen würde, während die nationalistischen Zeitungen sich mehr damit beschäftigen, die Anklagen gegen Deutschland hervorzuheben.

Sehr interessant ist der Hinweis des „Manchester Guardian", daß die gedachte Besetzung der Rheinstädte sich gegen die Großindustriellen, namentlich gegen Hugo Stinnes richte, der als der eigentlich Schuldige dafür bezeichnet wird, daß die deutsche Regierung „nicht ein so gutes Angebot gemacht hat, wie sie es sonst getan hätte".

Auch eine deutsche Stelle sagte, daß die Mitteilung, wonach die angedrohte Besetzung von Düsseldorf, Ruhrort und Duisburg sich in erster Linie gegen Stinnes richten soll, auf Richtigkeit beruhe.

Die Kluft noch überbrückbar.

Das große, unter der früheren liberalen Regierung amtliche Blatt, die „Westminster Gazette" meint, daß Lloyd George und seine Kollegen die Tür für vernünftige Gegenvorschläge noch offen halten, und daß es ihnen äußerst widerstrebe, Strafmaßnahmen aufzuerlegen, von denen sie wohl wüßten, daß sie das Wirtschaftsproblem, das über der Welt schwebt, noch verworrener machen würden. Das Blatt führt weiterhin aus, bisher habe kein Staatsmann der Alliierten gezeigt, wie man etwas Wesentliches aus Deutschland in seiner augenblicklichen Lage herausbekommen wolle. Kein Mensch glaube ernstlich an große Zahlungen, die über 42 Jahre verteilt seien. Niemand, der die Lage in Deutschland kenne, wage auf irgend eine große Steigerung der Beträge zu rechnen, die Deutschland augenblicklich für das Besetzungsheer, in Kohlen, in Vieh und in sonstigen Abgaben auf Grund des Vertrages von Versailles bezahle. Was Deutschland vielleicht zahlen könne, wenn seine Industrie wiederhergestellt sei, und wenn es mit Rohstoffen versorgt werde, sei notwendigerweise eine Spekulation, die der Zukunft vorbehalten sei. Es sei absurd, Beträge zu fordern, die nur erreicht werden könnten, wenn der deutsche Außenhandel die Weltmärkte überschwemmt, und zugleich genaue Vorsichtsmaßnahmen zu treffen, um deutsche Waren fernzuhalten und den deutschen Außenhandel an der Ausbreitung zu verhindern. Das Blatt schließt: Wenn die Alliierten und Deutschland die Frage in dieser praktischen Weise erörtern wollen, dann werden sie die Kluft überbrücken und eine Lösung erreichen, wenn nicht, dann werden sie vielleicht weiter schreien und weiter streiten, aber eine Wiedergutmachung wird dann nicht stattfinden, und die Finanzen Europas werden sich noch weiter verschlechtern.

Präsident Hardings politische Meinung

Für den Weltfrieden.

In seiner Antrittsbotschaft bei Übernahme der Präsidentschaft erklärte Harding, die neue amerikanische Regierung beabsichtige eine Politik der Nichteinmischung in die Angelegenheiten Europas zu befolgen. Sie lehnt es ab, an irgend einer dauernden militärischen Allianz teilzunehmen oder irgendwelche ausländischen

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF